



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 19. Mai 2023

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 22. Mai 2023**

Fokusthemen: **Bauen und Energie**

*Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach den Diskussionen über Beiträge an die grossen Kulturinstitutionen und der Beratung einer PI betreffend digitale Gemeindeparlamente ausführlich über ein kommunales Ausländer-Stimmrecht debattieren. Danach geht es um Laienrichtertum, Altersbeschränkung und Wohnsitzpflicht von Richterinnen und Richtern sowie um die Zürcher Haushaltsfinanzstatistik. Sollte vor Sitzungsende noch Zeit bleiben, wird sich der Rat mit ein paar Vorstössen beschäftigen, welche die Direktion der Justiz und des Innern betreffen.*

### **Wohlvollend kritische Haltung zu den grossen Kulturinstitutionen der Stadt Zürich**

Einmal pro Legislaturperiode spricht der Regierungsrat aus dem Kulturfonds Beiträge für kulturelle und Investitionsprojekte zugunsten der grossen Kulturinstitutionen der Städte Winterthur und Zürich. Der Regierungsrat knüpft die Beiträge an bestimmte Kriterien, die aus dem Kulturleitbild abgeleitet sind, und hat sie dem Kantonsrat zur Genehmigung vorzulegen. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen, die Beiträge aus dem Kulturfonds zu genehmigen ([5868](#)). Die Beiträge an die drei Institutionen der Stadt Winterthur, namentlich den Kunstverein, das Musikkollegium und die Theater Winterthur AG, sind unbestritten und werden von der KBIK einstimmig zur Genehmigung beantragt. Die Beiträge an die drei Institutionen der Stadt Zürich, insbesondere an das Schauspielhaus und das Kunsthhaus, wurden in der Kommission kritischer diskutiert. Die Kommissionsmehrheit fordert, dass die Aktivitäten und Projekte des Schauspielhauses wieder auf breitere Bevölkerungsschichten und folglich eine höhere Auslastung ausgerichtet werden, um der wirtschaftlich schwierigen Situation des Schauspielhauses zu begegnen. Da der Auftrag, verschiedene Bevölkerungsschichten anzusprechen und die Teilhabe zu stärken, bereits im Kulturleitbild und in den Legislaturzielen des Regierungsrates verankert ist, beantragt die Minderheit (SP, Grüne, AL, EVP), auf die Formulierung von Erwartungen zu verzichten. Beim Kunsthhaus hat der Regierungsrat als Bedingung für die Gewährung von Projektbeiträgen vorgegeben, dass auch Vorhaben für die Provenienzforschung und/oder Kontextualisierung der Emil-Bührle-Sammlung enthalten sein müssen. Die SVP lehnt die Genehmigung der Beiträge an die Institutionen der Stadt Zürich ab. Wegen des umfassenden Umbaus und der Instandstellung der Tonhalle per 2021 sieht sie in dieser Amtsperiode keine Notwendigkeit für zusätzliche finanzielle Beiträge.

Vormaliger KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Minderheit SVP: Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58

Minderheit SP, Grüne, AL, EVP: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

### **Kommission sieht keine Notwendigkeit zur Änderung des Gemeindegesetzes**

Keine lange Diskussion dürfte es zur parlamentarischen Initiative (PI) betreffend digitale Gemeindeparlamente von GLP-Kantonsrat Gabriel Mäder geben. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 214/2020](#)). Mit der von SP und FDP unterstützten Initiative wird verlangt, dass Gemeindeparlamente ihre Verhandlungen für einen begrenzten Zeitraum unter Einsatz elektronischer Kommunikationsmittel führen können, sofern übergeordnetes Recht die Durchführung von Präsenzsitzungen verhindert oder solche faktisch verunmöglicht sind. Die Initiative war als Reaktion auf das erhöhte Bedürfnis nach digitalen Kommunikationslösungen infolge der Corona-Pandemie eingereicht worden. Die Kommission sieht jedoch keine Notwendigkeit zur Änderung des Gemeindegesetzes. Allfällige

Rechtsunsicherheiten der Gemeinden in Bezug auf digitale Gemeindeparlamente konnten im Verlauf der Beratung ausgeräumt werden, womit das Anliegen der Initiative erfüllt ist.

Vormaliger STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

### **Kein Ausländerstimm- und -wahlrecht auf kommunaler Ebene**

Knapp ausgefallen ist das Resultat in der vorberatenden Kommission zu einer Behördeninitiative des Zürcher Stadtrates für ein kommunales Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die Initiative abzulehnen ([5727](#)). Der Stadtrat fordert mit der Initiative in der Form einer allgemeinen Anregung die zuständigen Organe des Kantons auf, die Kantonsverfassung dahingehend zu ändern, dass den Gemeinden die Möglichkeit gegeben wird, ein kommunales Stimm- und Wahlrecht für die in der Gemeinde ansässigen Ausländerinnen und Ausländer einzuführen. Die STGK ist mit ihrem Ablehnungsantrag dem Antrag des Regierungsrates gefolgt. Ebenfalls mit 8 zu 7 Stimmen sprach sich die Kommission gegen einen Antrag von SP, GLP und Grünen aus, mit dem der Regierungsrat beauftragt würde, einen ausformulierten Gegenvorschlag zur Behördeninitiative auszuarbeiten.

Vormaliger STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Minderheit SP, GLP, Grüne: Nicola Yuste (SP, Zürich), 077 419 03 76

### **Richterinnen und Richter sollen nur noch bis 68 im Amt bleiben dürfen**

Die bisherige Praxis des Kantonsrates, Mitglieder der obersten Gerichte ab einem gewissen Alter nicht mehr zur Wahl vorzuschlagen, wurde vom Bundesgericht gerügt, weil die verfassungsrechtliche Grundlage fehle. Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) reichte deshalb eine parlamentarische Initiative (PI) ein, mit der die Kantonsverfassung entsprechend ergänzt werden soll. Der Vorschlag dürfte im Rat auf wenig Opposition stossen. Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dass Richterinnen und Richter künftig im Monat, in dem sie das 68. Altersjahr vollenden, aus dem Amt ausscheiden sollen ([KR-Nr. 421/2020](#)). Zudem beantragt die Kommission, das Laienrichtertum auf der Ebene der obersten kantonalen Gerichte – analog den Bezirksgerichten – abzuschaffen. Eine Minderheit (AL) will am Laienrichtertum festhalten, hat ihren Minderheitsantrag aber zurückgezogen. Weiter fordert die Kommissionsmehrheit für die Mitglieder des Handelsgerichts eine Ausnahmeregelung betreffend die Wohnsitzpflicht im Kanton Zürich. Diese soll bei Spezialgebieten mit wenigen Fachkräften auf die ganze Schweiz ausgeweitet werden können. Eine Minderheit (FDP, Grüne, SVP) lehnt dies ab.

Vormaliger KJS-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

Minderheit Wohnsitzpflicht: Angie Romero (FDP, Zürich), 076 564 97 77

### **Zürcher Haushaltsfinanzstatistik als wertvolle Datenbank**

Als erledigt abgeschlossen werden soll das Postulat von FDP-Kantonsrätin Astrid Furrer betreffend «Erst untersuchen, dann handeln». Dies beantragt die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) mit 13 zu 1 Stimmen ([5726](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, einen Bericht zur finanziellen Situation der Zürcher Familienhaushalte zu erstellen. Der Bericht sollte aufzeigen, inwiefern sich Transferzahlungen und Entlastungen, wie zum Beispiel Prämienverbilligungen, Stipendien, Familienzulagen, Sozialhilfe oder Steuerabzüge, auf das verfügbare Einkommen von Familien auswirken. Der Regierungsrat hat aufgrund des Postulats mit der Zürcher Haushaltsfinanzstatistik eine wertvolle Datenbank geschaffen. In einem nächsten Schritt wird es darum gehen, diese kontinuierlich zu erweitern, damit Auswirkungen von möglichen Massnahmen zur Entlastung von Familien simuliert werden können.

Vormaliger KSSG-Präsident: Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00

### **Vorstösse zu Ausschaffungen, LGBTI-Menschen und finanzpolitischen Reserven**

Sollte der Kantonsrat vor Ende der Sitzung noch dazu kommen, wird er sich mit Vorstössen beschäftigen, welche die Direktion der Justiz und des Innern betreffen. SVP-Kantonsrätin Nina Fehr Düsel hat dem Regierungsrat mit einer Interpellation verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Ausschaffung von kriminellen Ausländern gestellt ([KR-Nr. 342/2020](#)). Der Regierungsrat hat die Fragen im November 2020 beantwortet. Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt. SP-Kantonsrätin Hannah Pfalzgraf bittet mit Unterstützung von GLP, Grünen, CVP und AL den Regierungsrat, in einem Bericht aufzuzeigen, wie LGBTI-Menschen wirksam vor Diskriminierung geschützt werden können ([KR-Nr. 377/2020](#)). FDP-Kantonsrat André Müller fordert die Regierung auf, zu prüfen, wie eine Gemeinde freie, nicht zweckgebundene finanzpolitische Reserven bilden kann, auch wenn sie diese nicht im ordentlichen Budgetprozess budgetieren konnte ([KR-Nr. 438/2020](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, die beiden Postulate entgegenzunehmen. Weil die SVP bzw. die Grünen Ablehnung beantragt haben, wird der Kantonsrat nach einer Debatte über die Überweisung der Vorstösse entscheiden.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), 079 508 76 40

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten), 079 435 49 25

André Müller (FDP, Uitikon), 079 740 37 38

### **Schriftliche Verfahren:**

Diskussionslos behandelt werden am Montag ...

- die unter Traktandum 5 beantragte Genehmigung der Abrechnung der Subvention an die Opernhaus Zürich AG für die Asbestsanierung und die Erhöhung der Lagerkapazität im Lagergebäude «Kügeliloo» ([5302](#)).
- die unter Traktandum 8 beantragte Genehmigung einer Änderung der Gemeindeverordnung ([5883](#)).

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12